

Politische Subjektivität

Der lange Weg vom Untertan zum Bürger
Begründung des demokratischen Individualismus

Zusammenfassung und schematische Übersicht

Wann haben Menschen begonnen, politisch zu denken? Was befähigt sie, sich als Individuen zu verstehen und andere Menschen als solche zu erkennen? Wie können sie sich selbst und andere Wesen unter einer gemeinsamen Ordnung vorstellen und was ist eigentlich "Ordnung"? Was bedeutet die Fähigkeit zum individuellen politischen Urteilen? Welche kulturellen Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sich diese Fähigkeit entwickelt?

Diese Fragen werden in einer zunächst historischen und im zweiten Schritt philosophischen Untersuchung detailliert erörtert, um die **Quellen der individuellen politischen Urteilskompetenz** zu erforschen. Der Untertitel der Untersuchung *Vom Untertan zum Bürger* bezeichnet dabei das praktische Interesse, das man heute an diesen Fragestellungen nehmen kann, nämlich die Vergewisserung der geistigen Herkunft der politischen Individualität zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In dieser Zeit des beschleunigten Wandels sind viele menschliche Handlungen, Leistungen und Erfindungen, die es vor kurzem noch nicht gab und die kaum denkbar waren, bereits selbstverständlich geworden. So ist auch die Fähigkeit, sich als politisches Wesen zu verstehen, eine historisch sehr junge Erscheinung, die uns gleichwohl habituell geworden ist.

In der Untersuchung geht es um die Beobachtung dieser regional und zeitlich differenzierten Evolution des menschlichen Selbstverständnisses. Gesucht werden besondere Artikulationen und Funktionen des individuellen, persönlichen Bewusstseins, aus denen man auf eine genuin politische Form von Subjektivität schließen kann. Europa und Amerika erlebten im 18. Jahrhundert den Durchbruch von Ordnungsvorstellungen und Formen menschlicher Selbststilisierung, die zuvor nur in der griechischen Polis annähernd so intensiv auftraten. Die philosophische Frage, die das historische Material entzünden soll, heißt: *Wie war das möglich?*

Im ersten Teil werden drei besondere Erscheinungen studiert, die den Beginn der politischen Moderne markieren. Die Untersuchung der Phänomene **Individualität**, **Ästhetik** und **Öffentlichkeit** und ihrer Wechselbeziehungen im 18. Jahrhundert belegen ein neues, sich in verschiedenen Bereichen (Philosophie, Ökonomie, Recht, Pädagogik, Krieg) durchsetzendes Selbstverständnis der Menschen als Bürger, das von einem akzentuierten, individuellen Ausdrucksbedürfnis begleitet wurde.

Es finden sich deutliche Hinweise darauf, dass analog zu diesem Bedürfnis eine spezifische kognitive Fähigkeit, ein neues Denkvermögen angenommen werden muss. Aufgrund dieses Befundes erscheint es dann zulässig, den Zusammenhang der untersuchten Ereignisse als die **Emergenz politischer Subjektivität** darzustellen – auch wenn noch nicht klar ist, was das Grundmuster und das generative Prinzip dieser Subjektivitätsform ist.

Die Formen des Denkens, die menschliche Wahrnehmung, Handlung und Erkenntnis strukturieren, heißen Urteile. Deshalb wird die Qualität dieses neuen Denkvermögens in einer besonderen *Urteilsform* zu suchen sein. Einer Intuition von Hannah Arendt folgend wird im reflektierenden Urteil, das erstmals von Kant in der *Kritik der Urteilskraft* (KdU) analysiert wurde, nach den Elementen eines vorläufig nur unterstellten, jedoch spezifisch politischen Denkvermögens geforscht.

Wie kann der Begriff des Politischen aus einem Werk geschöpft werden, das sich nur mit Ästhetik und Teleologie beschäftigt? Frühere Studien zum diesem Thema, in denen das reflektierende Urteilsvermögen pauschal als *Gemeinsinn* oder *Gemeinsinnfähigkeit* dargestellt wurde, waren auf wenige Textstellen in der KdU fixiert und blendeten den systematischen Anspruch von Kants Philosophie aus. Folglich mussten sie sich mit den philosophischen Themen der KdU, nämlich Schönheit, Erhabenheit und Zweckbegriff, nicht weiter beschäftigen.

Hier wird als neuer Ansatz vorgeschlagen, ausgehend von der KdU das gesamte System von Kants kritischer Philosophie in Anspruch zu nehmen, um ein als *politisch* qualifizierbares Urteilsvermögen zu rekonstruieren. Dazu muss die methodische Schale der KdU selbst systematisch aufgebrochen werden. Die dafür entwickelte *Kontramethode* besteht in der *kontrollierten Rückmischung* der von Kant analysierten und *rein* gehaltenen Urteilstypen. Dabei erhält das transzendente Prinzip der Urteilskraft mittels eines speziellen Naturbegriffs eine wichtige Funktion in der Konstruktion des politischen Urteils. Der Leitfaden für die Rückmischung der reinen

Urteile über Schönes, Erhabenes und Zwecke ist die Bestimmung der Einheit des politischen Urteils als **Reflexion über öffentliche Ordnung**.

Diese Formel beschreibt eine Einheit von *reflektierend*-individuellem Urteilen im Medium einer *gedachten* Öffentlichkeit über *vorgestellte* Ordnungen. Die Formel als solche ist leer und muss mit den ästhetischen und teleologischen Begriffen gefüllt werden. Dabei übernehmen die ästhetischen Reflexionsbegriffe des Schönen und Erhabenen im politischen Urteil die Funktion der *Kennzeichnung individueller Zustände*, sie bewerten das situative Fühlen des Urteilenden. Diese sogenannten semantischen Belegungen müssen wiederum verbunden werden mit den syntaktischen Begriffen *Individualität* und *Ordnung*, damit definiert ist, *wer* reflektiert und *worüber*. Es handelt sich dabei nicht um zugeschriebene Individualität und empirisch gegebene Ordnungen, sondern jeweils um die **Bedingung der subjektiven Individualitäts- und Ordnungsgenese**. In diesem Zusammenhang werden Carl Schmitts Überlegungen zum Ordnungsbegriff und zu einer ersten Form politischer Subjektivität gewürdigt. Die Varianten der Verknüpfung der semantischen und syntaktischen Begriffe nach Maßgabe der Einheit des Urteils ergeben die vollständige Zahl der Grundbegriffe für das politische Urteil, nämlich die subjektiven Konzepte von *Moral und Recht*, *Zeit*, *Körper* und *Macht*. Diese unterscheiden sich inhaltlich erheblich von den objektivierenden und alltagssprachlichen Bedeutungen der entsprechenden Worte.

Das Resultat der Untersuchung politischer Subjektivität ist **eine einheitliche Handlung** (individuierende Reflexion), die zugleich das Strukturprinzip des Urteils ist (Öffentlichkeit), **zwei syntaktische Grundbegriffe** (Individualität und Ordnung), die nach Maßgabe von **vier semantischen Grundbegriffen** (Moral, Zeit, Körper, Macht) verknüpft werden können.

An einer Vielzahl von Beispielen wird illustriert, wie die Reflexionsbegriffe des Schönen und Erhabenen das politische Urteil systematisch mit wohlvertrauten Inhalten füllen, wenn man sie unter die Bedingung der Verknüpfung mit bestimmten Zweckvorstellungen stellt. Es wird unter diesen Voraussetzungen möglich, neue Antworten auf die wichtige Frage zu geben, wie politische und moralische Subjektivität sich zueinander verhalten und in einem Individuum vorzustellen sind. Dabei ergibt sich der Befund, dass ein **Individuum ein polyzentrisches Gebilde qualitativ unterscheidbarer Subjekte** ist, die für jeweils spezifische Urteilsleistungen zuständig sind. Darüber hinaus wird die Bedeutung des religiösen Moments im politischen Urteil

erörtert. Mit Hilfe der **Kritik der arabischen Vernunft** des marokkanischen Philosophen Al Jabri, in der er seine eigene, höchst anschauliche Theorie politischer Subjektivität als arabische Kulturkritik entwickelt, werden Bedingungen formuliert für die Kompatibilität von Moral und Glauben einerseits mit der Qualität politischer Urteile andererseits.

Im ersten Exkurs wird unter dem Titel *Hypostasen der Identität* versucht, politische Subjektivität als Teil einer **Zweiten Tradition der Bewusstseinsphilosophie** zu lokalisieren, die systematisch an ein philosophisches Erbe der Aufklärung und insbesondere an die Subjektivitätslehre von Kant anschließt. In einer historischen Genealogie der Subjektivitätstheoreme wird der politischen Subjektivität eine eigene Herkunft bescheinigt und damit ein bisher unbesetzt gebliebener Platz zwischen Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie zugewiesen. Die herrschende soziologische und politikwissenschaftliche Grundauffassung vom Primat der Sozialisierung durch Kommunikation wird mit einer neuen Dimension konfrontiert, die den *individuellen Beitrag zur politischen Sozialität* enthält. Im Resultat kann gezeigt werden, dass die im 20. Jahrhundert „nachmetaphysisch“ genannte und disqualifizierend gemeinte Rede vom „Monologismus des Subjekts“ auf einer unzureichenden Lektüre einiger Schlüsseltexte der Aufklärung basiert. Bei dieser Gelegenheit wird erstmals gezeigt, auf welche Weise der bedeutendste Vertreter der modernen Bewusstseinsphilosophie, *Dieter Henrich*, den Kantischen Urtext verdunkelt hat zugunsten der hypostatistischen Identitätsbegriffe des nach-kantischen Idealismus – und damit die „Nachmetaphysiker“ mit zusätzlicher Munition versorgt hat.

Am Phänomen des *Charismas* wird die sozialwissenschaftliche Anschlussfähigkeit des Konzepts erprobt. Die bisherigen empirischen Erkenntnisse der Charisma-Forschung werden neu interpretiert. Es lässt sich dabei erstmals die Frage stellen, durch welches Vermögen im Subjekt dieses ansprechbar ist für die verschiedenen Formen des Charisma und in welcher Weise das politische Urteil an diesem Vorgang beteiligt ist. Die Anwendung des Konzepts politischer Subjektivität legt damit einen ersten Beitrag zur Rezeptionsästhetik des Charismas vor.

Der erste Teil der Untersuchung enthielt die idealtypische Konstruktion einer Ursprungssituation des Politischen im Europa des 18. Jahrhunderts. Nun folgt in einem weiteren Exkurs ein allgemeines **Theorem zur historischen Emergenz des Politischen**, wodurch das methodische Vorgehen im ersten Teil rückversichert wird.

Ausgegangen wird dabei von den Erkenntnissen der politischen Ethnologie und Anthropologie, wobei die Arbeiten von Christian Meier über die Genese des Politischen bei den Griechen besonders aufschlussreich sind. Nochmals erweist sich der zuvor neu definierte Ordnungsbegriff als fruchtbar, denn das aus ihm gewonnene *Theorem politischer Emergenz* bestimmt nicht nur die Bedingung der historischen Verwirklichung politischer Subjektivität und das dadurch veränderte Verhältnis politisch gewordener Gesellschaften zur Natur. Vielmehr wird mit diesem Theorem auch erkennbar, dass die politische Moderne Europas, die sich hauptsächlich der Säkularisierung verdankt, nur eine von mehreren Möglichkeiten ist und dass es noch andere Formen der Emergenz des Politischen gibt.

Im Laufe der Untersuchung ist ein schwaches, abgeleitetes, in seiner Struktur filigranes und kulturgeschichtlich selten aufgetretenes Vermögen menschlicher Subjekte zum Vorschein gekommen. Seine Leistung besteht darin, dass es Menschen ermöglicht, sich als *Individuen politisch zu artikulieren*. Der historische und philosophische Hintergrund zeigt sehr deutlich, dass daran nichts Selbstverständliches ist, sondern dass es sich im Gegenteil um eine evolutionstheoretisch hochunwahrscheinliche Entwicklung handelt. Politische Subjektivität ist keine robuste anthropologische Einrichtung, die Menschen kraft Geburt mitgegeben ist. Unter den vielen Möglichkeiten, die im Menschen angelegt sind, ist sie eine der voraussetzungsvollsten.

Reginald Grüenberg

Politische Subjektivität – Schematische Übersicht des Konzepts

Die Organe des urteilenden Denkens und der Ort des politischen Urteils in seinem Subjekt, dem Individuum

